

Ressort: Politik

Deutsche Wohnen-Vorstand räumt Fehler im Umgang mit Mietern ein

Berlin, 24.03.2019, 00:00 Uhr

GDN - Der Wohnungskonzern Deutsche Wohnen AG hat Fehler im Umgang mit seinen Mietern eingeräumt: "Wir haben teilweise zu wenig mit den Mietern und mit der Öffentlichkeit gesprochen und zu wenig über die positiven Aspekte unserer Arbeit berichtet", sagte der Vorstandschef der Deutsche Wohnen, Michael Zahn, der "Welt am Sonntag". "Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller hat vor einigen Wochen gesagt, unser Unternehmen habe hier und da nicht ganz glücklich agiert", so Zahn.

"Damit liegt er vielleicht richtig. Das nehme ich ernst. Deshalb werden Sie die Deutsche Wohnen in den nächsten Jahren anders erleben als bisher." Dem Konzern werden insbesondere in Berlin ein aggressiver Umgang mit Mietern sowie überzogene Mieterhöhungen nach Modernisierungen vorgehalten. Erstmals seit Beginn der Diskussion um Enteignungen privater Wohnungsunternehmen in Berlin äußerte sich Zahn auch zu diesem Thema: "Wir leben in einem Rechtsstaat. Ich habe großes Vertrauen in unsere Gerichte, und wenn man diese Auseinandersetzung wirklich bis zum Ende führen will, dann wird sie vor Gericht entschieden. Es geht hier aus unserer Sicht um den Versuch einer unrechtmäßigen Enteignung." Eine Bürgerinitiative mit dem Namen "Deutsche Wohnen & Co. Enteignen" startet im April in Berlin eine Unterschriftensammlung mit dem Ziel eines Volksentscheids zur Enteignung privater Wohnungsunternehmen mit mehr als 3.000 Wohnungen. Umfragen zufolge wäre eine Mehrheit der Berliner für ein entsprechendes Gesetz. "Ich hoffe, dass die demokratischen Parteien in Bund und Land in den kommenden Monaten deutlich Position beziehen, dass diese Ideen mit der sozialen Marktwirtschaft und dem Geist unserer Verfassung nicht vereinbar sind", sagte Zahn. Die Deutsche Wohnen AG besitzt rund 163.000 Wohnungen, davon fast 110.000 Einheiten in Berlin. Ein großer Teil davon sind Bestände der früher landeseigenen GSW, die die Deutsche Wohnen im Jahr 2013 übernommen hatte. Zahn räumte ein, den Sanierungsaufwand dieser rund 60.000 Wohnungen unterschätzt zu haben. "Wir haben erst spät gesehen, welche Probleme wir uns mit dem Kauf der früher landeseigenen GSW-Wohnungen ins Haus geholt haben. Zum Teil wurde einfach jahrelang zu wenig investiert. Auch deshalb hatten sich einzelne Mieterinitiativen gegründet, schon bevor wir gekauft haben." Die Deutsche Wohnen sei aber das falsche Ziel, wenn es um grundlegende Kritik an den steigenden Wohnkosten gehe: "Wir halten uns an Regeln und Gesetze und machen für unsere Mieter und die Stadtgesellschaft viel mehr als andere Vermieter. Wir sind Teil der Lösung, nicht das Problem." Im Jahr 2018 habe der Konzern die Mieten um 3,4 Prozent erhöht, "wobei davon 1,9 Prozentpunkte auf die Neuvermietung entfallen. Rechnet man diese heraus, sehen Sie, dass sich die Bestandsmieten im Durchschnitt um 1,4 Prozent erhöht haben, inklusive Modernisierung. Das liegt unter dem Mietpreisspiegelanstieg", erläuterte Zahn.

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-122118/deutsche-wohnen-vorstand-raeuft-fehler-im-umgang-mit-mietern-ein.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168

Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com